

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/42. Jahrgang

Januar 2011

Schutzgebühr: 0.40 E

Trauer um 1-Euro-Jobs?

Großes Jammern und Klagen herrscht bei ZAUG, Jugendwerkstatt und IJB (Gesellschaft für Integration, Jugend- und Berufsbildung). Der Grund: die Gelder für 1-Euro-Jobs sollen radikal gekürzt werden.

Mehr als 600 solcher 1-Euro-Jobs gab es 2010 allein bei diesen drei Einrichtungen; 2011 werden es nur noch 45 sein. Bisher konnten die Träger damit selbst gut leben. Denn von den öffentlichen Geldern, die dafür zur Verfügung stehen, verblieben zwei Drittel bei ihnen. Nur ein Drittel erhielten die Hartz-IV-Empfänger (rund 165 Euro im Monat).

Weitere 1-Euro-Jobs gibt es im Kreis Gießen bei Kommunen, Wohlfahrtsverbänden, Caritas, AWO, medizinischen Einrichtungen, Schulen bei der Gießener Arbeitsloseninitiative (!!!) und bei vielen weiteren Einrichtungen.

1,4 Milliarden Euro wurden 2009 bundesweit für knapp 300.000 1-Euro-Jobs ausgegeben, von denen die meisten, so eine Untersuchung des Bundesrechnungshofes, nicht die ge-

setzlichen Vorschriften erfüllen. Danach müssen alle „Arbeitsgelegenheiten“ zusätzlich und wettbewerbsneutral sein, und sie sollen die Arbeitsmarktchancen der Betroffenen verbessern.

In Wirklichkeit werden damit reguläre Arbeitsplätze vernichtet, mittelständischen Unternehmen durch Unterbietung geschädigt - und die Chancen auf einen normalen Job nicht verbessert. Tatsächlich sind die 1-Euro-Jobs nach dem Urteil der Prüfer ein lohnendes Geschäft für die öffentlichen, halböffentlichen und bisweilen privaten Einrichtungen, die sich die Ausbeutung der Betroffenen mit saftigen BA-Zuschüssen honorieren lassen.

Nun kämpfen in Gießen einige 1-Euro-Jobber um den Erhalt ihrer „Arbeitsplätze“, so beschissen diese auch sein mögen. Man kann dafür Verständnis aufbringen; denn daß Erwerbslose Drückeberger und faul

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das waren noch Zeiten!

Inhalt:

Mehr Wut, Bürger!/Schuldenbremse	S.2
Kommunalkandidatur/Vom Eise...	S.3
Zeitarbeit/Dioxin-Skandal	S.4
Keine Bundeswehr in Schulen/9.11.2010	S.5
Buch "Das Amt"/"Wahlbetrug"	S.6
Leserbriefe/Nobelpreis	S.7
Nicht das Wetter ist schuld/Termine	S.8



Wir wünschen allen unseren Leserinnen und Lesern ein gesundes, glückliches und erfolgreiches

**Neues Jahr
2011**

*Die Redaktion des
Gießener Echo*

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Mehr Wut, Bürger!

Zum Wort des Jahres ist der Begriff „Wutbürger“ gewählt worden. Hintergrund ist die Arroganz der Macht der Herrschenden, die gegen den Willen und gegen den Widerstand der großen Mehrheit die Konzerninteressen durchsetzen: Atompolitik, Sozial- und Bildungsabbau, Stuttgart 21 und nicht zu vergessen: der Afghanistan-Krieg. Trotz machtvoller Demonstrationen in Gorleben, Stuttgart, Berlin... hält sich die Wut der Deutschen - verglichen mit anderen EU-Ländern, allen voran mit Griechenland - noch in Grenzen. Während dort Millionen nicht nur auf die Straße gehen, sondern auch streiken, begnügt man sich hier mit Unterschriftensammeln, symbolischer Rückgabe von „Sparpaketen“ u.ä.. Damit wird weder die „Rente ab 67“ noch der Sozialkassenschlag aufhalten. Positive „Wut“ und weitergehende Aktionen gab es nur bei den Protesten gegen den Castortransport und in Stuttgart. Was waren denn auch die Parolen, die in den letzten Jahren die Großdemos bestimmt haben? „Eine andere Welt ist möglich!“ (gewiß, es kann noch schlimmer kommen), „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ (ein frommer Wunsch, wir alle zahlen täglich), „Gerecht geht anders!“ (als ob es im Kapitalismus je gerecht zugehen könnte). Bei solchen Losungen können sich die Herrschen-

den bequem und beruhigt zurücklehnen. Damit wird weder ihre Macht noch das System in Frage gestellt. Dabei kann jeder selbst überprüfen: es gibt keinen Umweltskandal, keinen Mißstand, keine Misere, keinen Notstand, deren Ursachen letztlich nicht Profitgier und Kapitalismus sind – von Obdachlosigkeit, Armut, Zweiklassenmedizin und –bildung ganz zuschweigen.

Im Prinzip ist das den meisten Menschen auch klar; aber sie sind der Medienberieselung aufgesessen: „es gibt keine Alternative“, und: „man kann nichts ändern“. Doch, die gibt es und das kann man – im Sozialismus.

Solange das nicht begriffen wird, wird auch in der BRD gegen den Willen

Auch Hartz-IV-Empfänger zahlen für Krieg und Krise

365 Euro erhält ein erwachsener Langzeit-Arbeitsloser im Monat, davon muß auch er Steuern bezahlen: Mehrwertsteuer.

129 Euro sind für Lebensmittel vorgesehen, macht (bei 7%) rund 9 Euro.

Für den Rest der Ausgaben müssen 19% Mehrwertsteuer bezahlt werden, macht rund 45 Euro.

Also zahlt jeder Hartz-IV-Empfänger monatlich 54 Euro Steuern – für Krieg und Krise.

der großen Mehrheit regiert, es wird den Armen genommen und den Reichen gegeben. Solange wird der Sozialabbau forciert und Krieg geführt – die beiden Seiten der gleichen Medaille. Es bedarf „Mehr Wut, Bürger!“

Erika Beltz



Finger weg von der Hessischen Verfassung! Keine Schuldenbremse, sondern her mit dem Geld!

In den öffentlichen Kassen herrscht gähnende Leere; gleichzeitig wird die Versorgung der Menschen mit einer ausreichenden Infrastruktur, mit sozialen und kulturellen Einrichtungen, mit einem funktionierenden Bildungs- und Gesundheitswesen immer schlechter. - In einer solchen Situation ist eine „Schuldenbremse“ wie Öl ins Feuer. Jetzt wäre das Gebot der Stunde, Einnahmequellen zu erschließen und das Geld da zu holen, wo es ist: bei den Banken und Konzernen. Eine Schuldenbremse ist nicht nur schädlich, sondern dient zur Vernebelung der tatsächlichen Lage. Der DAX steigt, die Konzerngewinne sprudeln, die Banken scheffeln Milliarden; und da heißt es, es sei kein Geld da! Das ist absurd. Hier wird deutlich, in was für einem Staat wir leben, in dem die

Reichen reicher und die Armen ärmer werden. Was früher nur von Kommunisten ausgesprochen wurde, ist heute eine Binsenweisheit.

Hauptzweck der „Schuldenbremse“ ist die Schaffung von „Sachzwängen“ und die Vorbereitung von weiterem Sozialabbau und Privatisierung, d.h. Verscherbeln öffentlichen Eigentums. Deswegen wird sie auch von Sozialverbänden und dem DGB abgelehnt. Im Landtag ist lediglich die Linkspartei konsequent dagegen, während die SPD auch hier – wie letztlich überall – zugestimmt hat.

Aber die „Schuldenbremse“ hat noch eine weitere Funktion. Hessen ist das einzige Bundesland, dessen Verfassung nur über einen Volksentscheid geändert werden kann. Das ist den Herrschenden schon lange

ein Dorn im Auge. Stehen doch so Sachen darin wie das Recht auf Arbeit, das Verbot der Aussperrung, die Überführung der Industrie in Gemeineigentum und vieles mehr.

Das kann man nicht vom Tisch wischen; also wird mal mit dem überflüssigen (weil prinzipiell vorhandenen) Konnexprinzip an der Verfassung gebastelt oder der Sport erhält Verfassungsrang – oder es muß eine Schuldenbremse her.

Ziel ist es, die sozialen und demokratischen Rechte der Hessischen Verfassung zu eliminieren. Da würde das Volk nicht mitmachen. Also soll ermöglicht werden, die Verfassung ohne Volksentscheid zu ändern. Langfristig sollen Verfassungsänderungen mit einer Zweidrittel-Mehrheit im Landtag möglich werden. Michael Beltz

Kommunalwahl 2011

Inzwischen ist die Wahl der Kandidatenliste der Linkspartei abgeschlossen (siehe Kasten). Von der Gießener DKP sind dort mit Erika und Michael Beltz, Gunter Geis, Gernot Linhart und Henning Mächerle fünf Genossinnen und Genossen vertreten.

Entscheidend wird jedoch sein, wie es uns gemeinsam gelingt, den Menschen in Gießen zu vermitteln, daß sich ihre Situation nicht durch Wahlprogramme verbessern läßt, sondern nur durch konsequentes Eintreten für eine andere Politik – jeder und jede muss selbst aktiv werden für seine Interessen. Unsere Fraktion sollte nicht die Rolle eines Stellvertreters übernehmen.

Die DKP Gießen weiß, dass der Handlungsspielraum für die verschuldeten Kommunen äußerst gering ist. Darum bleiben wir bei unserer alten Forderungen:

* Erhöhung des Anteils der Städte und Gemeinden am Gesamtsteueraufkommen!

* Stopp der Zinszahlungen an die

Banken mit einem Zinsmoratorium !

* Verwirklichung des Artikels 137 der Hessischen Verfassung. Dort heißt es: *Der Staat hat den Gemeinden... die zur Durchführung ihrer eigenen und übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel... zu sichern.*

Auf dieser Grundlage kann Kommunalpolitik im Interesse der Menschen, auch und gerade der finanziell Benachteiligten, gestaltet werden.

Dabei dürfen aktuelle Forderungen nicht vernachlässigt werden wie z.B. Absage der finanziell riskanten Landesgartenschau mit ihren ökologischen Schäden und der Vertreibung von Blau-Weiß sowie gegen jegliche Privatisierung und gegen Sozialabbau.

Zur Erreichung dieser Ziele sind wir zur Zusammenarbeit bereit – auch mit Vertretern der neuen bzw. bunten Liste, die von Michael Janitzki angeführt wird und auf der auch Helmut Appel, der mit seinem Platz 12 auf der Liste der Linkspartei unzufrieden war und zurückgetreten ist, kandidiert.

- 1 Jonas Ahlgrimm, 24 (Student)
- 2 Michaela Pukownick, 42 (Rechtsanwältin)
- 3 Christiane Plonka, 50 (Mediengestalterin)
- 4 Michael Beltz, 69 (Lehrer/Pensionär)
- 5 Cornelia Mim, 55 (Verkäuferin)
- 6 Kenneth Pukownick, 64 (Dipl. Betriebswirt)
- 7 Erika Wolf, 50 (Betriebswirtin)
- 8 Thorsten Lux, 40 (Student)
- 9 Erika Beltz, 66 (Angestellte)
- 10 Silvia Burgert, 37 (Selbstständig)
- 11 Ümüt Erdem, 39 (Umschüler)
- 12 Verena Pukownick, 27 (Rechtsanwaltsfachangestellte)
- 13 Alan Ruben van Keeken, 20 (Student)
- 14 Clarissa Haack, 48 (Bürokauffrau)
- 15 Oliver Oberschelp, 31 (Heil- und Erziehungspfleger)
- 16 Sieglinde Modrock, 34 (Studentin)
- 17 Achim Durlas, 40 (Frührentner)
- 18 Karin Sulzmann, 34 (Schülerin)
- 19 Henning Mächerle, 42 (Angestellter)
- 20 Birgit Scholz, 48 (Selbstständig)
- 21 Gernot Linhart, 66 (Dipl. Ingenieur)
- 22 Renate Bauer, 48 (Vorruhestand)
- 23 Gunter Geis, 40 (Angestellter)
- 24 Karin Fritsch, 33 (Schülerin)
- 25 Silvan Poppinga, 33 (Schüler)
- 26 Martin Robert Hiller, 43 (Schreiner)

Vorwärts, (B.Brecht)
und nicht vergessen...

Unsre Herrn, wer sie auch seien,
sehen unsre Zwietracht gern,
denn solange sie uns entzweien,
bleiben sie doch unsre Herrn.

Erika Beltz nachgerückt

Nachdem Prof. Aris Christidis sein Mandat niedergelegt hatte, ist Erika Beltz im Dezember als Stadtverordnete in der Fraktion die Linke nachgerückt.



Buddhistische Weisheit in Lich

Das Licher Kino Traumstern hat Freunden eines obskuren Aberglaubens wieder mal was Besonderes geboten. Zur Aufführung der Lama-Schnulze „Heimkehr in den Himalaja“ wurde ein auf Deutschland-Tournee befindlicher buddhistischer Würdenträger eingeladen. Zum Abschluß seines Vortrages beglückte er die ergriffenen Zuhörer mit einer Weisheit fürs Jahr 2011: Wenn du dich darüber ärgerst, daß dir ein Vogel auf den Kopf kackt, sei lieber froh, das Kühe nicht fliegen können. Soviel Spiritualität kann nur noch vom Dalai Lama persönlich überboten werden. G.L.

Vom Eise befreit sind Strom und Bäche ... *)

Was aber war in den letzten Wochen mit den Straßen in Gießen? Salz ist genug da, sagt die Bürgermeisterin (Grüne).

Einige Straßen waren kaum begehbar, für Rad- und Autofahrer kaum befahrbar und Menschen mit körperlichen Behinderungen oder auch Kinderwagen wurden vergessen. Vor der Sparkasse im Stadtzentrum geriet man ähnlich wie auf dem Parkett der Börse leicht ins Rutschen. Und wenn dann noch hier und da ein Wagen der Stadt (z.B. Gartenbauamt) auf gereinigten Gehwegen parkte, dann sah man/frau schwarz oder auch grün-gelb.

Da bleibt nur die Hoffnung: wer anderen eine Grube gräbt...

M.B.

*)Goethe, Faust

Leiharbeit ist Menschenhandel auf Zeit

Leiharbeit – das ist so eine Art Menschenhandel auf Zeit. Ein Unternehmer stellt Menschen ein und verleiht sie an andere Betriebe. Von der Leihgebühr behält er den größeren Teil, den kleineren bekommt der Verleiher als Arbeitslohn. Bis 1971 war so was in der Bundesrepublik verboten, erst eine SPD-Regierung kam auf die Idee, dieses System doppelter Ausbeutung zu legalisieren. Angeblich sollten aus solchen Leihverträgen feste Arbeitsverhältnisse entstehen, was aber nur sehr selten geschah. Etwa 30 Jahre lang war Leiharbeit zeitlich und sachlich begrenzt. Erst als 1998 wieder die SPD regierte, fielen alle Schranken. Seitdem nimmt die Zahl der Leiharbeiter ständig zu, jetzt sind es fast eine Million. Nicht das Gesetz, sondern der massive Widerstand der

Betroffenen und ihrer Gewerkschaften hinderten Unternehmer daran, im großen Umfang reguläre Arbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln. Das SPD-Gesetz ließ es auch zu, Leiharbeiter miserabel zu bezahlen. Die Unternehmerverbände der Leiharbeit schlossen mit dubiosen Organisationen, die sich frech „Gewerkschaft“ nannten, Tarifverträge mit 6 bis 7 Euro pro Stunde ab. Die DGB-Gewerkschaften reagierten hilflos. Statt auf dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu beharren, zogen sie mit etwas besseren Verträgen (7 bis 8 Euro) nach. Erst im vorigen Jahr kam ver.di auf die Idee, die Tariffähigkeit der selbsternannten oder von den Unternehmern gegründeten Scheingewerkschaften gerichtlich überprüfen zu lassen. Im Dezember entschied das Bun-

desarbeitsgericht, daß diese Dumping-Tarife ungültig sind. Theoretisch stehen den betroffenen Leiharbeitern Nachzahlungen zu, allerdings muß jeder einzelne sein Recht einklagen. Auch die Sozialversicherungen können Nachzahlungen in Milliardenhöhe geltend machen. Dumm dran sind die Leiharbeiter, die bei Menschenhändlern mit DGB-Verträgen arbeiten, denn diese bleiben gültig. Alle ungünstigen Leiharbeit-Tarifverträge müssen sofort gekündigt und das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchgesetzt werden. Nicht nur das – wegen der unsicheren Arbeitsplätze und der ihnen abverlangten Flexibilität sollte Leiharbeitern ein ordentlicher Zuschlag zugewilligt werden. Noch besser wäre es, diesen Menschenhandel wieder zu verbieten. Gernot Linhart



Trauer um 1-Euro-Jobs?

(Fortsetzung von Seite 1)

seien, das ist die Hetze von BILD und jenen Politikern, die die entwürdigenden Hartz-IV-Gesetze beschlossen haben. Es mag auch im Faschismus Erwerbslose gegeben haben, die lieber beim Reichsarbeitsdienst waren als gar nichts zu tun.

Die Konsequenz der Bundesregierung ist einfach: die Bürgerarbeit (vgl. Echo 12/10) oder gleich das Ehrenamt.

Notwendig ist:

- * ein Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde
- * ein Eckregelsatz von mindestens 500 Euro im Monat
- * eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf 30 Stunden in der Woche und Zahlung des Arbeitslosengeldes während der gesamten Dauer der Arbeitslosigkeit,

Weg mit Hartz IV!



Zum Dioxin-Skandal

Weil ein Futterproduzent bei der Herstellung von Tierfutter für Hühner, Puten und Schweine belastetes Industriefett verwendet hat, ist das hochgiftige Dioxin in die Nahrungskette gelangt. Über 1 000 Bauernhöfe müssen geschlossen werden, mehrere tausend Legehennen sind vorsorglich geschlachtet worden. Das ist an diesem Dienstag, den 4. 1., die vorläufige Bilanz des Dioxin-Skandals in der deutschen Landwirtschaft – die Betonung liegt auf vorläufig... Trotzdem erklärt das Bundesinstitut für Risikobewertung vorauseilend, dass es keine Gefahr für die Verbraucher gebe... Das Problem geht ohne dies weit über eine einzelne Futtermittelverfälschung hinaus. Nach zahlreichen Skandalen der letzten Jahre und Jahrzehnte warf Thilo Bode, Gründer der Verbraucherrechtsorganisation Foodwatch, vor einigen Monaten in seinem Buch „Die Essensfälscher“ der Lebensmittelindustrie vor, die Verbraucher arglistig zu täuschen, Verbraucherschutzministerin Aigner nennt Bode „Dienstleisterin der Lebensmittelindustrie“. Solange die Lebensmittelindustrie unkontrolliert im Sinne des eigenen Profits agiert, werden wir nicht sicher sein können, ob unsere Lebensmittel unbelastet sind. Das gesamte System der Herstellung unserer Lebensmittel muss auf den Prüfstand. Das gilt natürlich nicht nur für die heimischen Hersteller, sondern für die Herstellung der Lebensmittel weltweit. Wer gesund essen will, kommt nicht daran vorbei, die Macht der internationalen Lebensmittelkonzerne zu brechen. (leicht gekürzt aus: UZ, Zeitung der DKP, vom 7.1.2011)

Bundeswehr raus aus den Schulen!

Antrag der Linksfraktion an das Stadtparlament

Der Magistrat wird beauftragt, in Absprache mit den Schulleitern dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr keine Propaganda in Gießener Schulen veranstaltet.

Dazu gehört, die Bundeswehr weder zu Ausbildungsbörsen noch in den Politikunterricht einzuladen.

Begründung:

Am 04.11.2010 haben das hessische Kultusministerium und die Bundeswehr einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Darin heißt es:

„Die Experten der Bundeswehr sollen den Schülerinnen und Schülern Fragen der Sicherheitspolitik und damit verbundene Aufgaben der Bundeswehr näher bringen.“

Ziel ist es, die Akzeptanz weltweiter Militäreinsätze zu erhöhen und Kriege als ein legitime Mittel der Politik darzustellen. Diese Militarisierung soll schon bei den Schülerinnen und Schülern ansetzen. Das nationale Interesse Deutschlands umfasst auch die Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten für die deutsche Wirtschaft...

Wir wollen nicht, dass junge Menschen zum Wohle der bundesdeutschen Konzerne in der Schule in einen schleichenden Gewöhnungsprozess an militärische weltweite Inter-

ventionen eingebunden werden; ebenso wenig wollen wir, dass in Ausnutzung der aktuellen Krise die Bundeswehr als attraktiver „Arbeitgeber“ dargestellt wird.

Die politische Bildung – auch in Fragen der Sicherheitspolitik – gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. So gibt es auch von der GEW den Aufruf gegen Werbeversuch der Bundeswehr in Schulen, wo es u.a. heißt: *Die Schule ist kein Ort für Rekrutierung von Berufssoldatinnen und –Soldaten. Es muss strikt darauf geachtet werden, dass die Bundeswehr weder offen noch verdeckt junge Leute für den Militärdienst wirbt. Farbenfrohe Bilder einer „Armee im Einsatz“ zur Werbung von Nachwuchs für die kämpfende Truppe haben in der Schule nichts verloren. Wir – und mit uns ein großer Teil der Bevölkerung, der u.a. den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan ablehnt – stellen uns unter einer „Karriere mit Zukunft“ etwas Anderes vor.*

Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler zum Frieden und zum gemeinsamen Leben und Arbeiten erzogen werden, nicht zu Krieg und Tod. (leicht gekürzt)

Michael Beltz, Stadtverordneter



Nachtrag zum Mahngang 2010

Beim Mahngang zum Gedenken an die faschistische Reichspogromnacht am 9. November 2010 filmte die Polizei den Demonstrationszug vom E-Klo aus in Richtung Seltersweg. Auf die Frage, warum dieses Filmen notwendig sei, wurde geantwortet, man hätte nur einen Belichtungstest gemacht für den Fall, dass etwas passieren sollte. Die Polizei selber und das Ordnungsamt betonten, dass es bei den Mahngängen zum 9. November nie nennenswerte Probleme gegeben hätte und kein Grund für das Filmen vorlag. Unabhängig vom Wahrheitsgehalt der „Belichtungsmessung“ war das Verhalten nach den eigenen bürgerlichen Rechtsmaßstäben rechtswidrig!

Ein aufmerksamer Leser des Echos hatte seiner Empörung Luft gemacht und auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster hingewiesen, das am 23.11.2010 ein vorangegangenes Urteil bestätigte.

Anlass für den Prozess war eine friedliche Anti-Atom-Demonstration im Juni 2008 in Münster. Die Polizei hatte die Demonstranten mit Kameras gefilmt. Eine gesetzliche Ermächtigung für die Bildübertragung brauche man nur, wenn die Aufnahmen auch gespeichert würden, hatte die Polizei argumentiert. Dies sahen die Richter anders: Auch wenn die Filmaufnahmen nicht gespeichert wurden, seien die Grundrechte der Demonstranten auf Versammlungsfreiheit und auf informationelle Selbstbestimmung verletzt worden. Bild- und Tonaufnahmen seien nur dann gerechtfertigt, wenn Anhaltspunkte über Gefahren für die öffentliche Sicherheit vorlägen, erklärte das Gericht. Wie in unserem Fall lagen auch dort keine Gründe vor. Henning Mächerle (VVN/BdA Gießen)



Das deutsche Auswärtige Amt

Vor einer imposanten Bücherwand stellte Außenminister Westerwelle das Werk einer Historikerkommission vor, das die Geschichte des Auswärtigen Amtes in der NS-Zeit und der Nachkriegszeit aufarbeiten sollte: „Das Amt und die Vergangenheit“. „Engelrein ist sein Gefieder!“ sollte man mit Wilhelm Busch über die heutigen Träger deutscher Außenpolitik ausrufen und so waren alle vor 1945 erschienen Bücher aus der Wand entfernt. Ein Schlussstrich sollte unter das NS-Kapitel des Amtes gezogen werden,

Am Ende des ersten Weltkrieges musste der Kaiser gehen, aber seine Generäle und seine Diplomaten blieben. Diese waren in ihrer Mehrheit Feinde der Republik. Ihr Ziel war es, die Ergebnisse des Krieges rückgängig zu machen, „die Ketten von Versailles zu brechen.“ So war es ihnen nur recht, als die Nazis der Republik den Todesstoß versetzten. An der Spitze des Amtes blieb Konstantin von Neurath. Als einziger Missionschef reichte der Botschafter in Washington von Prittwitz im März 1933 sein Abschiedsgesuch ein. Er hatte vergebens gehofft, andere Botschafter würden seinem Schritt folgen.

Das Auswärtige Amt vertuschte und verteidigte im Ausland die NS-Brutalitäten gegen Antinazis und Juden und die vertragswidrige Kriegsrüstung. 1938 wurde Außenminister Neurath durch den noch skrupellosesten Nazi Ribbentrop abgelöst. Die Historikerkommission stellt zu recht fest, dass national-konservative Diplomaten wie Ernst von Weizsäcker Hitlers Großmachtspolitik durchaus teilten und beförderten, lediglich erschien

ihnen im Gedenken an den ersten Weltkrieg ein Angriff auf Frankreich und England zu risikoreich. Im Kriege beteiligte sich das Amt am Ausrauben der besetzten Länder und an der Terrorisierung von deren Bevölkerung. Bei der Wannsee-Konferenz zur „Endlösung der Judenfrage“ ist das Amt vertreten. Nach Kriegsende lösten die Alliierten das Auswärtige Amt auf setzten einige höhere Vertreter auf die Anklagebank; Ernst von Weizsäcker als Hauptbeschuldigter, nachdem Ribbentrop bereits in Nürnberg hingerichtet worden war. Die Angeklagten schufen die Legende, für Verbrechen sei allein Himmlers SS verantwortlich. Das Auswärtige Amt habe sich nur beteiligt, um Schlimmeres zu verhüten. Sie stellten sich gegenseitig weißwaschende „Papierscheine“ aus und fanden sich dann 1951 in Adenauers Neugründung als unverzichtbare Fachleute. Im Kalten Krieg störten sich die Westalliierten nicht an alten Nazis im neuen Amt, denn sie konnten sicher sein, dass sich deren Politik in NS-Tradition wieder gegen den Osten richten würde.

Die nackten Fakten des Buches sind seit dem DDR-Braunbuch von 1965 bekannt. Zusätzlich zieht das vorliegende Werk Entwicklungslinien, die das Faktenmaterial verbinden und verständlicher machen. Es konstatiert mit der Regierung von SPD und Grünen und deren Außenminister Fischer einen „Quantensprung deutscher Militär- und Sicherheitspolitik“. Es verkennt dabei, dass der Quantensprung zu stets zunehmender globaler Aggression führt - z. B. Balkan, Afghanistan. Gerade die Wiederaufnahme der Großmachtspolitik Deutschlands als neue

Eckart Conze u.a.: Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. Karl Blessing Verlag, München 2010. 34,95 €



Normalität macht den Schlussstrich unter die nicht zu verleugnende NS-Vergangenheit für das heutige Berliner Amt nötig. Der herrschenden deutschen Historikergilde hat die Einordnung des Amtes als „verbrecherische Organisation“ nicht gefallen. Die grottenschlechte Aufnahme durch sie (Mommsen & Co.) kann nur heißen, sie hätten die Schlussrechnung gern etwas billiger gehabt.

Klaus Mewes

Betrug mit "Wahlbetrug"

Alexander Lukaschenko, Präsident von Weißrußland, ist mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Das war – entsprechend vorheriger Umfragen – völlig klar. In der Zeitung (GAZ vom 18.12.2010) war zu lesen:



Dennoch begann sofort das Geschrei: Wahlfälschung! Wie gehabt, wie in der (orangenen) Ukraine, wie im (grünen) Iran, wie stets, wenn eine prowestliche Opposition mit massiver propagandistischer und materieller Unterstützung in Stellung gebracht und eine Revolte angezettelt werden soll.

Nun sagte sogar der CDU-Bundestagsabgeordnete und OSZE-Wahlbeobachter Georg Schirmbeck: „Die Vorwürfe der Opposition, Lukaschenko habe Wahlbetrug begangen, kann ich – so leid es mir tut – so nicht bestätigen.“ Sicher eine wahrhaftige und in seinem Bedauern auch ehrliche Aussage. Das ist für die gleichgeschalteten Medien jedoch kein Grund, ihre Hetze gegen den „letzten Diktator in Europa“ (obwohl er durchaus der EU zugeneigt ist) zu mäßigen. Auch die Verhaftung eines Agenten an der Grenze, der der „Opposition“ 200.000 US-Dollar überbringen wollte, ist ihnen keine Meldung wert.

Die tatsächlichen und offensichtlichen Wahlfälschungen im Irak, in Afghanistan und jüngst in Haiti dagegen werden geflissentlich unter den Teppich gekehrt.

Eine Telefon-Umfrage von Radio Moskau im Fernsehprogramm „Urteil über die Geschichte“

... eigentlich gedacht, um zu zeigen, wie „entstalinisiert“ das russische Volk ist und über die Sowjetzeit heute denkt - und das etwas unerwartete Ergebnis

Frage 1: Perestrojka: Ausweg aus der Sackgasse oder eine Katastrophe?

Ergebnis: Ausweg aus der Sackgasse: 7%, eine Katastrophe: 93%

Frage 2: Der Sowjetmensch, war das ein ideologischer Mythos oder eine historische Errungenschaft?

Ergebnis: Ein ideologischer Mythos: 6%, eine historische Errungenschaft: 94%

Frage 3: War die Stachanow-Bewegung eine sowjetische Propaganda-Kampagne oder ein tatsächlicher Fortschritt der Arbeit?

Ergebnis: Sowjetische „Propaganda-Kampagne“: 6%, ein tatsächlicher Fortschritt der Arbeit: 94%

Frage 4: War die Nationalversammlung ein demokratischer Schritt vorwärts oder der sichere Weg ins Chaos?

Ergebnis: Ein demokratischer Schritt vorwärts: 8%, ein sicherer Weg ins Chaos: 92%

Frage 5: Ukraine und Russland: Sind sie besser getrennt oder zusammen?

Ergebnis: Getrennt besser: 8%, zusammen besser: 92%

Leserbriefe

Der Bluff namens Bürgerarbeit

Auch die GIAG will sich am Projekt „Bürgerarbeit“ beteiligen. 300 „Kunden“ hätten sich bereits gemeldet, weitere 200 werden noch erwartet; und Anfang 2011 sollen die ersten 150 Bürgerarbeitsplätze eingerichtet sein. So fängt der Artikel im Gießener Echo an. Es ist egal, wer die Behauptung aufstellte, daß sich „300 Kunden bereits gemeldet hätten“, sie ist schlicht und einfach erlogen.

Denn in meinem und auch sicher in anderen Fällen ist es so, daß der/die Fallmanager/in auf einen zukommt und unter Androhung von gewissen Maßnahmen (Kürzung von Hartz IV) einen zur Vorstufe der Bürgerarbeit zwingt. Das sind Maßnahmen genauso wie bei den 1-Euro-Jobs. In der Vorstufe soll geklärt werden, ob ich/andere auf den 1. Arbeitsmarkt vermittelt werden können. Erst wenn das innerhalb eines halben Jahres ausgeschlossen werden kann, fängt die eigentliche Ausbeutung erst an.

Das kann und will ich nicht mit mir machen lassen. Ich habe für mich einen Weg gefunden, dem Ganzen zu entkommen. Aus Angst, erwischt zu werden, kann ich nichts Genaueres schreiben. Aber Leute, glaubt mir: es gibt Wege, diese Ausbeutung zu umgehen.

Eine Hartz-IV-Empfängerin

Nobelpreis

„Wenn Sie schmutzige Geheimnisse der chinesischen Regierung veröffentlicht hätten, hätten wir Ihnen wohl den Nobelpreis gegeben“ – das sagte Patrick Cronin, Asienexperte beim Center for American Security (Denkfabrik der US-Regierung) anlässlich der Hetzjagd auf Wikileaks und deren Gründer Assange. Da hat endlich mal jemand ausgeplaudert, von wem und nach welchen Kriterien diese Preise vergeben werden! G.L.



Schuldenbremse

Als Oskar Lafontaine 1998 vor einer Deregulierung der Finanzmärkte – und zerrütteten Staatsfinanzen als deren Konsequenz – warnte, reagierte das politische Establishment mit dem Schlachtruf „Gib Gummi!“, verzichtete auf die Vermögenssteuer und ließ Hedgefonds zu. Vor 2 Jahren suspendierten Steinbrück und Merkel mit der Verkündung des „Bankenrettungsfonds“ faktisch das Budget-Recht des Parlamentes und untergruben so die parlamentarischen Demokratie. Horst Seehofer war als Gast der Sendung „Pelzig unterhält sich“ so ehrlich einzuräumen, dass diejenigen, die gewählt seien, „nichts zu sagen haben“, während jene, die das Sagen hätten, nicht gewählt seien. Die „radikale“ Konsequenz: Man holt sich das Geld, das man den Großkopfen über Jahre anal appliziert hat, beim dummen Volk wieder herein – und nennt das Ganze „Schuldenbremse“. Ich werde im März dagegen stimmen. Der Rat dazu kommt nicht von schwäbischen Hausfrauen, sondern von politischen Geisterfahrern, Privatisierungswahnsinnigen

und Kamikaze-Piloten. Erich Kästner riet für solche Fälle: „Was auch immer geschieht, nie darfst du so weit sinken, den Kakao, durch den man dich zieht, auch noch zu trinken.“

Also: kein heißer Kakao, es gilt im hessischen Winter das Motto „Statt roter Nasen, schafft mehr rote Basen!“

Klaus Petri, Wetzlar

Bildung statt Bomben

Steuergeschenke für superreiche Haushalte und Konzerne verursachen auf allen Gebieten riesige Etatlöcher. Daher ist die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine relevante Finanztransaktionssteuer auf internationale Devisengeschäfte, der Verzicht auf unsinnige Prestigeobjekte und der gerechte Ausbau der Gewerbesteuer zu Gunsten der Kommunen das Gebot der Stunde.

Falk Moldenhauer

„Der Mensch, wenn er Mensch werden soll, muss gebildet werden.“ (Johannes Amos Comenius, 1592-1670, Theologe)
Also: Bildung statt Bomben!



Probeexemplar bzw. 10 Wochen gratis-Abo (endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de



Nicht das Wetter – die Privatisierung ist schuld!

„Alle reden vom Wetter, wir nicht“ – kaum zu glauben, daß die Bundesbahn vor 40 Jahren mit diesem Spruch werben konnte. Wenn die Bahn AG heute damit käme, wäre das die Lachnummer des Jahres. Jeder weiß, daß die Bahn vier Hauptfeinde hat: Frühling (Tauwetter), Sommer (Hitze), Herbst (Laub, Stürme) und Winter (Kälte, Schnee). Damit das aber nicht so auffällt, helfen der Bahn Verbündete: die Nachrichten und der öffentliche Wetterbericht. Für die jeweilige Jah-

reszeit vollkommen normale Erscheinungen werden zu Jahrhundertereignissen und Katastrophen erklärt. Nicht das Wetter ist schuld an dem Chaos auf Schienen, Straßen und im Luftverkehr, sondern Privatisierung, Profitgier und die damit verbundene Sparsamkeit am falschen Platz. Weil sich alles möglichst sofort „rechnen“ muß, gibt es bei der Bahn kaum noch Ausbesserungswerke und Bautrupps, überall zu wenig Personal, Räumgeräte und Reserven. Bei Post, Flugver-

kehr und Straßenmeisterei ist es genauso. Es fällt aber kaum jemanden auf, daß die heftigen Folgen der Wetterverhältnisse nicht dem Wetter selbst zuzuschreiben sind, sondern den bewußt herbeigeführten Verschlechterungen der Möglichkeiten, damit umzugehen. Nachrichtensendungen und Wetterbericht sind Teil des Propagandakrieges, mit dem das vertuscht wird und wir für dumm verkauft werden. Gernot Linhart



Redaktionsschluß für das Februar-Echo: 27.2.11

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr.: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: <http://www.dkp-giessen.de>

Ich möchte:
 Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen
 das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
 das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
 das Gießener Echo online (pdf) abonnieren
 Name:
 Adresse:
 e-mail:

Die nächste öffentliche Mitgliederversammlung der DKP: Donnerstag, 10. Februar, um 19.30 Uhr.

Liebe Leserinnen und Leser,
 wir bitten um Überweisung der Abo-Gebühren für 2011 - und wir bitten um Spenden.
Gießener Echo
 Konto Nr. 193070, BLZ 51350025, Sparkasse Gießen
 Nach mehr als 20 Jahren müssen wir leider die Gebühren auf 20 € pro Jahr erhöhen (womit unsere Druckkosten allerdings nicht gedeckt sind); für Geringverdiener bleibt es bei 10 €
Jeder Euro ist willkommen

Filmfest
 2 Tage für die Umwelt
 14. & 15. Januar 2011
 im: **Jokus**
 Ostanlage 25a
 35390 Gießen
 präsentiert von: **BUND**, **GREENPEACE**, **attac**

Der unbekanntete Held
 Theaterstück über den Hitler-Attentäter **Georg Elser Wetzlar**, Mittwoch, 25. Januar, 19.30 Uhr, Harlekin,
 Das Stück rekapituliert die Geschichte des Bombenattentats auf Adolf Hitler am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller. Gleichzeitig zeigt es das Leben eines Mannes, der schon 1938 den Entschluß gefaßt hatte, Hitler zu beseitigen, um den Krieg zu verhindern.
 Im Anschluß an die Aufführung steht das Ensemble dem Publikum gerne für Fragen und Diskussionen zur Verfügung.
Veranstalter: „Bunt statt Braun – Bündnis gegen Nazis“, unterstützt von DGB, GEW, verdi, Stadt Wetzlar. Eintritt: 8 €/ermäßigt 5 €

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
 bei den 3 Schwätzern:
Protest gegen Hartz IV